



PRESSEKONFERENZ

**Alkoholverbot am Hauptbahnhof nach Innsbrucker Vorbild
und Sicherheit in Linzer Parks**

- **Vizebürgermeister Mag. Bernhard Baier**
- **Klubobmann Mag. Martin Hajart**

Dienstag, 28. Februar 2017

11 Uhr

Presseclub Ursulinenhof

Saal B

Alkoholverbot am Linzer Hauptbahnhof nach Innsbrucker Vorbild: Zehn Jahre Erfahrung mit „alkoholfreier Zone“

Was in der Tiroler Landeshauptstadt wirkt, kann nun auch in Linz eine gewichtige Maßnahme im Kampf gegen Gewalt und Randalen werden. Dort hat die Stadt nämlich bereits im Jahr 2008 am Bahnhof und am Bozner Platz ein Alkoholverbot eingeführt. Dieses konkrete Modell soll aus Sicht der ÖVP Linz bei der anstehenden Umsetzung des Alkoholverbotes als Vorbild für den Linzer Hauptbahnhof dienen. *„Innsbruck bringt zehn Jahre Erfahrung in diesem Bereich mit. Die Maßnahme Alkoholverbot hat sich bewährt und wäre für Linz eine Chance, der Situation nachhaltig Herr zu werden. Denn immerhin ist der Bahnhof die Visitenkarte einer Stadt“*, sagt **Vizebürgermeister Bernhard Baier**. In puncto Alkoholverbot ist Baier auf einer Linie mit Landespolizeikommandant Andreas Pils, der sich auch bereits öffentlich für ein derartiges Verbot für den Linzer Bahnhof ausgesprochen hat.

Innsbrucker Regelung ein Erfolg – Kaum Verdrängung

Bereits im Jahr 2008 hat Innsbruck per Gemeinderatsantrag ein Alkoholverbot „zur Beseitigung bestehender das örtliche Gemeinschaftsleben störender Missstände“ für den Bahnhofs-Vorplatz und den Bozener Platz, erwirkt. Von dieser Regelung ausgenommen sind „der Konsum und die Mitnahme alkoholischer Getränke in behördlich genehmigten Gastgärten während der Betriebszeiten und im Rahmen und im Umfang von behördlich erlaubten öffentlichen Veranstaltungen und bewilligten Gelegenheitsmärkten“, heißt es in der ortspolizeilichen Verordnung. Zudem ist die Mitnahme alkoholischer Getränke in Kraftfahrzeugen und in ungeöffneter Hersteller-Verpackung ausgenommen.

Einem Bericht des Innsbrucker Magistrats zufolge war das 2008 verordnete Alkoholverbot am Bahnhof und Bozner Platz geeignet, die zuvor aufgetretenen Missstände zu beseitigen und neue abzuwehren.

Im Jahr 2013 hat man in Innsbruck aufgrund gehäufte Vorfälle, insbesondere der Ansammlung von alkoholisierten Personen in der Innenstadt, das Alkoholverbot auf öffentliche Plätze in der Stadt, konkret die Maria-Theresien-Straße und den Terminal am Innrain, ausgeweitet. Das Alkoholverbot für die betroffenen Gebiete beschreiben

Polizei und Mobile Überwachungsgruppe (MÜG) als Erfolg. *„Es ist zu einer Beruhigung der Situation gekommen und die befürchtete Verdrängung hat nicht stattgefunden. Stattdessen ist es zu einer Zerstreuung der Betroffenen gekommen, sodass im Innsbrucker Stadtgebiet keine neuen ‚Hotspots‘ entstanden sind“*, heißt es in einem Bericht. Auch heftige Proteste von SPÖ und Grünen konnten das Verbot nicht stoppen.

Maßnahmenpaket für mehr Sicherheit am Linzer Hauptbahnhof

Der Linzer Bahnhof war in jüngster Vergangenheit immer wieder Schauplatz von Gewaltvorfällen, Prügeleien, Auseinandersetzungen. **Vizebürgermeister Baier** fordert daher erneut die Umsetzung eines qualitativ hochwertigen Sicherheitsmaßnahmenpakets am und rund um das Bahnhofsareal, wie etwa ein temporäres Alkoholverbot nach Innsbrucker Vorbild sowie eine WLAN-Beschränkung, Sozialmaßnahmen und die Beschallung durch klassische Musik. Für **Baier** besteht dringenden Handlungsbedarf. Daher wird die ÖVP in der kommenden GR-Sitzung am Donnerstag einen Antrag einbringen, der genau dieses Maßnahmenbündel für ein Mehr an Sicherheit beinhaltet. Auch wenn es schon jetzt großangelegte Schwerpunktkontrollen durch die Polizei am Bahnhof gibt, darf nicht die gesamte Verantwortung auf die Exekutive geschoben werden.

„Gewalt und Randalen sind nicht länger hinnehmbar. Damit die Situation am Linzer Bahnhof entschärft werden kann, braucht die Polizei Unterstützung. Das kann nur durch die Zusammenarbeit von ÖBB, Land OÖ und der Stadt Linz gelingen“, bekräftigt **Vizebürgermeister Baier**. Ziel müsse es sein, der Situation nachhaltig Herr zu werden.

„In dieser schwierigen Situation braucht es eine gute und koordinierte Zusammenarbeit zwischen ÖBB, Exekutive und Politik“, so **Baier**. Die enge Abstimmung muss dabei sicherstellen, dass eine bloße Verdrängung in die unmittelbare Bahnhofsumgebung ausgeschlossen wird. *„Konkret geht es darum, die objektive Sicherheit aber auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung vor Ort zu verbessern.“*

Alkoholverbot auf Probezeit! Evaluierung nach zwei Monaten

Baier schlägt vor, den Alkoholkonsum am und rund um den Linzer Hauptbahnhof zumindest erst einmal auf rund zwei Monate zeitlich zu begrenzen. Explizit davon auszunehmen, sind - wie auch in Innsbruck - die Gastrobetriebe samt Gastgärten. Danach müsse erneut eine Bestandsaufnahme der Situation erfolgen. Alle darüberhinausgehenden Maßnahmen in Form eines Sicherheitsmaßnahmenpakets sind zwischen der Stadt Linz und den ÖBB abzustimmen:

- o Etwa eine zeitliche Begrenzung der WLAN-Nutzung am Gelände. *„Eine Einschränkung von 15 bis 20 Minuten wäre hier eine Möglichkeit“*, so **Baier**. Zum einen würde so der Hotspot Bahnhof für Störenfriede im jugendlichen und Erwachsenenalter an Attraktivität verlieren, zum anderen würde für Reisende aber dennoch der digitale Servicecharakter aufrecht erhalten bleiben.
- o Zudem könnte das Paket das Bespielen des Bahnhofs und seines Umfeldes mit klassischer Musik beinhalten. Diese Maßnahme wird bereits beim Landesdienstleistungszentrum (LDZ) in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs sowie auf vielen deutschen Bahnhöfen erfolgreich eingesetzt.
- o Eine weitere Möglichkeit zur Verbesserung der Sicherheitssituation könnte ein verstärktes Wegweisungsrecht sein.
- o Jedenfalls sind auch soziale Maßnahmen, wie vermehrter Einsatz von Streetworkern und Hilfestellungen für Suchtkranke zu forcieren.

Mehr Sicherheit in Linzer Parks!

- **Schutzbestimmungen für Kinderspielplätze**
- **Verstärktes Wegweisungsrecht in Parks**

Es ist zu befürchten, dass mit dem Frühlingsbeginn und den steigenden Temperaturen auch wieder vermehrt Probleme in den Parks und auf Spielplätzen auftreten werden. Beim Runden Tisch zu den Problemen am Linzer Bahnhof Mitte Februar wurde diese Erwartung auch seitens der Exekutive kundgetan.

Konkret sieht **Klubobmann Martin Hajart** Handlungsbedarf bei Suchtkranken, herumlungernenden Personen und Bettlern, die wichtige Naherholungsoasen, Erholungsraum und Freizeitflächen im innerstädtischen Bereich, die im Grunde für Familien vorgesehen wären, in Beschlag nehmen. *„Wir müssen den Lebensraum der urbanen Familie schützen, Kinder haben ein Recht auf ihre Freiräume und Grünoasen in der Stadt. Suchtmittel und Gewalt haben hier keinen Platz und dürfen nicht jene Orte überschatten, an denen unsere Kinder ihre Freizeit verbringen“*, merkt **Hajart** an.

Aus Sicht der ÖVP Linz gibt es zwei konkrete Möglichkeiten, wie den Problemen begegnet werden kann:

1) Schutzbestimmungen für Kinderspielplätze in Gartenschutzverordnung

Die Linzer Gartenschutzverordnung stammt aus dem Jahre 1979. Diese gehört dringend an die heutigen Erfordernisse angepasst und sollte jedenfalls Schutzbestimmungen und Kontrollmöglichkeiten für die Kinderspielplätze vorsehen. Erklärtes Ziel soll dabei sein, den Gemeingebrauch der Kinderspielplätze zu erhalten. Für die Einhaltung der Schutzbestimmungen verantwortlich sind die Mitarbeiter des städtischen Ordnungsdienstes. Dies wurde bereits in der Gemeinderatssitzung am 22. April 2010 beschlossen. Zuständig für die notwendige Novelle der Gartenschutzverordnung ist Vizebürgermeister Detlef Wimmer.

2) Abwehr von Belästigungen und Sicherung des Gemeingebrauchs

Die Situation im Hessenpark hat beispielsweise gezeigt, dass es an öffentlichen Orten zu Entwicklungen kommen kann, bei denen der Gemeingebrauch des öffentlichen Ortes für die allgemeine Bevölkerung nicht mehr gegeben ist. Dabei kann es sich auch um Belästigungen und Verhalten von Personen handeln, die nicht (immer) strafrechtlich relevant sind. Genau auf ein solches Verhalten zielen die vom Landesgesetzgeber 2014 eingeführten Bestimmungen im § 2 OÖ. Polizeistrafgesetz zur „Abwehr von Belästigungen und Sicherung des Gemeingebrauchs“ ab. Im OÖ. Polizeistrafgesetz ist auch geregelt, dass die Kontrolle der Einhaltung dieser Bestimmungen in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden fällt. Aus Sicht der ÖVP Linz soll die Kontrolle der „Abwehr von Belästigungen und Sicherung des Gemeingebrauchs“ künftig durch die Mitarbeiter des städtischen Ordnungsdienstes erfolgen. Diese Ermächtigung müsste der Linzer Gemeinderat beschließen.

Die ÖVP hat bereits im September 2016 einen Antrag in diese Richtung eingebracht, der allerdings keine Mehrheit fand. Aufgrund der sich abzeichnenden Entwicklungen in den Parks und auf den Kinderspielplätzen fordert **Hajart** nun abermals den zuständigen Sicherheitsreferenten Vbgm Wimmer auf, entsprechende Vorkehrungen zu treffen. In der Gemeinderatssitzung am kommenden Donnerstag hat die ÖVP eine Anfrage eingebracht, um herauszufinden, wann Vbgm Wimmer in dieser so wichtigen Sicherheitsfrage endlich einlenkt.

Weitere Gemeinderatsanträge:

ÖVP für junges urbanes Wohnen in der Linzer Innenstadt – Aus leerstehenden Büros Wohnungen machen

Linz wächst stetig, um die Lebensqualität zu erhalten und die Stadt attraktiv zu machen, braucht Linz junges, urbanes, flexibles und leistbares Wohnen. Doch der Wohnraum im städtischen Bereich wird immer knapper, dem gegenüber stehen oftmals in die Jahre gekommene, leerstehenden Büroflächen. Die Idee der ÖVP Linz: Im Sinne einer nachhaltigen zukunftsorientierten Stadtplanung, Büros in Wohnungen umzuwandeln. Vorbild ist etwa ein Projekt in Hamburg die „Bogenallee 10“.

Die ÖVP Linz fordert daher per Gemeinderatsantrag vom zuständigen FPÖ-Infrastrukturreferenten Heindl ein Konzept für die Erfassung und Umnutzung von Büroleerständen zu Wohnzwecken in Linz ein.

Gegen das Stau-Chaos! ÖVP für Ausbau der Park & Ride-Anlage Ebelsberg

Die Park & Ride-Fläche beim Bahnhof Ebelsberg ist regelmäßig überfüllt. Angesichts der angespannten Verkehrssituation und der tagtäglichen Staus nach Linz, setzt sich die ÖVP für eine Erweiterung des Parkplatzes ein. Dies würde mehr Pendler auf die Schiene bringen. Die Anlage ist optimal gelegen, befindet sich direkt zwischen Straßenbahn und Bahn Richtung Innenstadt und lässt daher für die Pendler höchstmögliche Flexibilität zu. Mehr Parkplätze bei dieser Park & Ride-Anlage würden einen Anreiz schaffen, öffentlich zu fahren und eine kurzfristig, wirksame Maßnahme im Kampf gegen das tägliche Verkehrschaos darstellen. Die ÖVP Linz bringt dazu einen GR-Antrag ein.

Sicherheit für Fußgänger! ÖVP-Initiative für Gehsteigerrichtung in Urfahr zwischen Admira-Sportplatz über das Gasthaus Lehner bis hin zur Kreuzung Harbacher Straße

Die ÖVP Linz fordert per Gemeinderatsbeschluss einen Gehsteig-Lückenschluss in

Urfahr/Bachlbergweg zwischen Admira-Sportplatz über das Gasthaus Lehner bis hin zur Kreuzung Harbacher Straße. Obwohl es sich um eine verkehrsberuhigte Zone handelt, ist das Verkehrsaufkommen sehr hoch, immer wieder wird die Geschwindigkeitsbeschränkung (30 km/h) nicht eingehalten. Da sich hier mehrerer Sportplätze sowie ein Fun Court und eine Schule befinden, verbringen viele Kinder/Familien hier in diesem Gebiet ihre Freizeit. Zudem wird das Naherholungsgebiet auch gerne von Läufern und Radfahrern aufgesucht wird. An etwaigen Engstellen können, die keine Gehsteig-Errichtung zulassen, kann auch über etwaige Alternativmaßnahmen (eingezeichneter Gehweg-Streifen) nachgedacht werden.